

**Die LINKE im Burgenlandkreis 2014:**

**Bei den Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai neue Kraft für unseren  
Einfluss in der Gesellschaft gewinnen**

**Vorschlag**

**für einen Beschluss des Kreisparteitages**

Entwurf erarbeitet von Christine Krößmann und Dr. Wolfram Adolphi / 27.11.2013  
(eingearbeitet sind Vorschläge, die nach der Sitzung des Kreisvorstandes am  
21.11.2013 eingegangen sind)

Die Bundestagswahlen am 22. September 2013 haben bestätigt, dass unsere Partei in der Gesellschaft gebraucht wird. Aber das deutlich schlechtere Ergebnis gegenüber 2009 – 8,6 Prozent gegenüber 11,9 Prozent; Verlust aller 14 außerhalb Berlins errungenen Direktmandate (darunter 5 in Sachsen-Anhalt) – zeigt zugleich, dass es für dieses Gebrauchtwerden keinerlei Automatismus oder Garantie gibt, sondern dass es immer wieder neu erarbeitet werden muss. Das haben wir bereits bei unserem Kreisparteitag vor einem Jahr festgestellt. Wir müssen es uns nun um so dringlicher vor Augen führen. Auch im Burgenlandkreis haben wir gegenüber 2009 trotz eines sehr engagierten, hervorragend koordinierten, vom ganzen Kreisverband getragenen Wahlkampfes sowohl bei den Erst- wie auch bei den Zweitstimmen verloren.

Dass im Jahre 2014 die Kommunal- und die Europawahlen auf einen Tag fallen – auf den 25. Mai –, stellt uns vor die ebenso dankbare wie herausfordernde Aufgabe, den Zusammenhang zwischen Europa und den Kommunen zu thematisieren. Wir haben uns dazu bereits 2011 und 2012 verständigt, und unser genereller Befund hat sich in seinem Wesen nicht geändert: Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weiter. Die Ungleichheiten zwischen Ost und West in Deutschland bestehen nach wie vor. Die krisenhafte Entwicklung Europas verschärft sich: Der insbesondere von Deutschland betriebene Kurs der Sparhaushalte bei gleichzeitig fortgesetzter Umverteilung von unten nach oben führt zu wachsenden Differenzen zwischen den einzelnen Ländern; die Folgen sind insbesondere in Süd- und Südosteuropa verheerend; dass es neben der Finanzunion in Europa keine wirkliche Wirtschaftsunion und keine Sozialunion gibt, erweist sich zunehmend als die Widersprüche verschärfend; mit dem ebenfalls insbesondere von Deutschland betriebenen Streben nach einer Freihandelszone mit den USA wird die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern weiter vertieft und die Kosten noch deutlicher auf die Menschen in den unteren Einkommensbereichen abgewälzt werden. Von großer Aktualität ist auch nach wie vor unsere strikte Ablehnung des „Krieges gegen den Terror“ und der deutschen Beteiligung daran. Auch wenn die Bundesregierung den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan eingeleitet hat: Sie hält an ihrer Mitwirkung an Militäreinsätzen fest, beteiligt sich an der Entwicklung neuer Waffensysteme, und Deutschland gehört unverändert und mit wachsenden Umsatzzahlen zu den führenden Waffenexporteuren der Welt.

Der enge Zusammenhang zwischen europäischen und kommunalen Angelegenheiten tritt uns immer deutlicher auch noch in einer weiteren Frage gegenüber: in der des sozial-ökologischen Umbaus. Wir werben für einen solchen Umbau seit Jahren. Es zeigt sich aber, dass die Gegenbewegungen von großer Stärke sind. Im weltweiten Klimaschutz geht es trotz der Häufung von Flut- und Sturmkatastrophen nicht voran. In Deutschland droht die Energiewende zur Farce zu verkommen.

Die Zahl der Herausforderungen ist groß. Der Bundestagswahlkampf hat uns gezeigt, dass die hier nur kurz angedeuteten Zusammenhänge zwischen internationalen und lokalen Problemen viele Menschen bewegen; dass sie Interesse daran haben, zu wissen, wie wir uns in all diesen Fragen verhalten.

Unser Beschluss vom Kreisparteitag vor einem Jahr, vom 26.11.2012, bietet auch für unsere Arbeit im Jahre 2014 eine gute Grundlage. Auf ihn aufbauend, sehen wir folgende besonders hervorzuhebenden Schwerpunkte:

### **1. Gewinnung neuer Mitstreiterinnen und Mitstreiter**

Die Bundestagswahlen lassen keinen Zweifel: Wir werden verloren gegangene Positionen nicht zurückerobern, wenn es uns nicht gelingt, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter – und zwar in Weiterführung unseres bewährten Prinzips der Offenen Listen – für unsere gemeinsame Arbeit zu gewinnen. Es ist eine einfache Wahrheit, und wir müssen uns ihrer doch von Neuem bewusst werden: Eine ausreichende Zahl von Kandidatinnen und Kandidaten für unsere Fraktionen im Kreistag und in den Gemeindevertretungen ist die Grundvoraussetzung dafür, überhaupt Politik machen zu können.

Wir müssen daher die Kraft haben, zu prüfen, ob unsere Anstrengungen zur Nachwuchsgewinnung in den vergangenen Monaten groß genug gewesen sind – oder ob nicht Auseinandersetzungen innerhalb des Kreisverbandes diese Anstrengungen an den Rand gedrängt oder überlagert haben. Dabei brauchen wir

auch die Einsicht, dass die Nachwuchsgewinnung natürlich nicht auf die gewählten Gremien des Kreisverbandes beschränkt bleiben darf. Werbung zur Mitarbeit muss die Sache aller sein. Und auch das Gespräch über die Inhalte unserer gemeinsamen Politik bedarf der Mitwirkung aller.

## **2. Den Zusammenhang zwischen Europa und den Kommunen thematisieren**

Europa- und Kommunalwahlen an einem Tag: Wir wollen bei beiden Wahlen gleichermaßen erfolgreich sein. Wir wollen die Zahl unserer Abgeordneten im Europaparlament erhöhen – derzeit sind es acht, errungen 2009 mit 7,5 Prozent der Wählerstimmen –, und wir wollen damit die Kraft der Fraktion links von der Sozialdemokratie im Europaparlament stärken. Zugleich wollen wir in den Kommunen stärker sein.

Der Schlüssel dafür wird in der Fähigkeit liegen, den Zusammenhang zwischen Europa und den Kommunen zu thematisieren. Das ist in der Vergangenheit nicht gut genug gelungen. Der Unterschied bei den Wahlen 2009 macht das deutlich: Europawahlen im Frühsommer 7,5 Prozent, Bundestagswahlen im Herbst 11,9 Prozent. Wir waren europapolitisch für die Wählerinnen und Wähler nicht interessant genug.

Noch ein weiterer Faktor ist zu berücksichtigen: Bei den Gemeinderatswahlen in den vergangenen Jahren in unserem Burgenlandkreis haben oft nicht parteigebundene Wählerinitiativen den Sieg davon getragen. Die Parteien folgten mit zum Teil großem Abstand, meist die CDU an der Spitze, dann in je unterschiedlicher Reihenfolge DIE LINKE, die SPD und andere. (Beispiele: Wethautal: Wählerinitiativen 38,2; CDU 32,9; SPD 10,9; FDP 8,0; LINKE 6,0. Droyßiger-Zeiter Forst: Wählerinitiativen 52,4; CDU 26,2; DIE LINKE 16,9; FDP 3,3; SPD 1,0. Unstruttal: Wählerinitiativen 47,4; CDU 29,8; DIE LINKE 13,8; SPD 9,0. Ein für uns besonders dramatisches Ergebnis: Finne: CDU 40,1; Wählerinitiativen 35,3; SPD 8,0; FDP 3,1; NPD 2,8; DIE LINKE 1,0. – Besonders beachtenswert: Das sind Ergebnisse von 2009, wo wir bei den Bundestagswahlen mit 32 Prozent Sieger waren!)

Das zeigt, dass ganz spezielle, nur für die jeweilige Gemeinde gültige Themen bei den Kommunalwahlen oft alles andere deutlich überwölbten.

Wir wollen nun zeigen: Mit uns werden Europa und die Kommunen über die Friedensfrage, das Soziale und das Sozial-ökologische miteinander verbunden. Ein besonders drastisches, die Kommunen ganz direkt betreffendes Problem: Die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Deutschland ist eine zutiefst humanitäre Frage, und sie steht in einem direkten Zusammenhang mit der Politik Deutschlands und Europas in der Welt.

### **3. Rückfall ins „Nationale“ ist für uns keine Alternative**

Wir haben viel Kritik an der Europapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, aber wir sagen dennoch klar und deutlich Ja zu Europa. Vieles an Positivem der Entwicklung der EU ist so sehr Alltag geworden, dass es gar nicht mehr der Erwähnung wert scheint: die europäischen Förderprogramme für die Kommunen und Regionen; die problemlosen Urlaubsreisen; die europäischen Jugend-, Bildungs- und Studienprogramme; die grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklung, an der auch viele kleine und mittlere Unternehmen ihren Anteil haben; die Reisen zu Kuren, Ärzten, Kulturereignissen; die Europäisierung unseres Alltags in Deutschland; die Selbstverständlichkeit, mit der unsere Kinder und Enkel mit Fremdsprachen und internationalen Mail- und Facebookfreundschaften umgehen. Das alles sind Dinge, die im durch den Systemkonflikt geteilten Europa noch völlig undenkbar waren. Und wir sollten den Blick durchaus auch noch weiter zurück lenken: 2014 werden wir des 100. Jahrestages des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges gedenken. Vor diesem Hintergrund tritt die große Hoffnung auf Frieden, die mit den heutigen Entwicklungen so stark verbunden ist, deutlich hervor. Denn sie ist eine Entwicklung gegen den verderblichen Nationalismus des vergangenen Jahrhunderts

Darum wäre ein Rückfall ins „Nationale“ genau die falsche Antwort auf all das, was wir am Zustand der EU und Europas kritisieren. Es ist ein großer, fataler Irrtum, zu glauben, mit einer Rückkehr zur D-Mark gäbe es plötzlich in Deutschland keine

Armut mehr oder würden die Energiepreise sinken oder die Mieten. Die Wirtschaften der EU-Länder sind längst so eng miteinander verzahnt, dass nationale Problemlösungen völlig undenkbar geworden sind. Der Ruf nach einer Rückkehr zum „Nationalen“ dient lediglich der Verschleierung der wahren Ursachen für das, worunter viele immer mehr leiden: die Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Die Ursache dafür ist nicht „Europa“. Die Ursache liegt in der Herrschaft der großen Konzerne, der großen Banken und darin, wie es diesen gelingt, ihre Herrschaft in politische Macht umzusetzen. Mit einem Rückfall ins „Nationale“ würde sich an diesen Mechanismen nichts ändern.

Darüber müssen wir, die wir in Opposition zu den Interessen der großen Konzerne und großen Banken und in Opposition zu einer Politik stehen, die – wie sich insbesondere in ihren Initiativen zur „Bankenrettung“ und „Eurorettung“ gezeigt hat – diesen Interessen dient, aufklären. Das sind die Fragen, in denen sich Europawahlkampf und kommunaler Wahlkampf unmittelbar treffen. Wir sagen Ja zu den positiven Entwicklungen Europas, und wir kritisieren scharf die Politik der Abschottung Europas an den Grenzen der EU; kritisieren die Politik der sozialen Grausamkeiten gegenüber der griechischen Bevölkerung, die Hand in Hand geht mit einer Verschönerung der griechischen Millionäre; kritisieren eine Politik, die mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Portugal, Spanien, Griechenland und anderswo ohne berufliche Perspektive lässt.

Und wir ziehen die Verbindung von dort zu uns. Wir in Ostdeutschland wissen, welche langfristigen Folgen die Deindustrialisierung großer Regionen hat: Abwanderung der Jugend, Überalterung der Bevölkerung, massenweise Schließung von Schulen, Ausdünnung der Infrastruktur, Mangel in der medizinischen Versorgung. Was sich nach der Vereinigung in Deutschland mit Ostdeutschland vollzogen hat, vollzieht sich heute in vergleichbarer Weise in Südeuropa. Wir wollen, dass diese Entwicklung gestoppt wird, weil sie auch uns hier im Burgenlandkreis auf Dauer nichts Gutes bringt. Eine Verschärfung der Widersprüche in Europa und in der Welt wird direkt auf den Burgenlandkreis zurückwirken.

Wir, DIE LINKE, stehen nicht für eine nationalistische, fremdenfeindliche Antwort auf die allzu deutlichen Probleme Europas zur Verfügung. Wir sind die Partei des

Strebens nach friedlichen, solidarischen, humanistischen Antworten. Wir wollen berechtigten Protest in demokratische Bahnen lenken und nicht in nationalistische.

#### **4. Kommunalpolitische Ziele deutlich benennen**

Die kommunalpolitischen Probleme Sachsen-Anhalts sind groß. Jüngste Statistiken sagen, dass Sachsen-Anhalt dasjenige ostdeutsche Bundesland ist, das die höchste Abwanderungsquote zu beklagen hat. Und wenn auch der regierungsoffizielle Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit zu suggerieren versucht, dass die Abwanderung von Ost nach West gestoppt sei, so wissen wir aus eigener täglicher Anschauung, dass es überhaupt noch keine Anzeichen dafür gibt, dass sich dadurch die Lage der Kommunen hinsichtlich der Altersstruktur und aller damit zusammenhängenden Probleme verbessern könnte.

Alle unsere kommunalpolitischen Anstrengungen dienen dem Ziel, die Attraktivität des Burgenlandkreises für die jungen Menschen wieder zu erhöhen und die Lebensbedingungen der hier Lebenden aller Altersgruppen zu verbessern.

- 4.1. Es gilt weiter, was wir bereits 2012 beschlossen haben: Wir werden die Leitbilddebatte weiterführen. Wir können selbstbewusst bilanzieren: Wir sind die Partei, die die Leitbilddebatte im Burgenlandkreis initiiert hat und immer wieder neue Impulse setzt, damit sie weitergeführt wird. Dass es heute ein vom isw erarbeitetes „Leitbild für den Burgenlandkreis“ gibt und dieses nach Themen gegliedert in den Regionen des Kreises und mit Vereinen/Verbänden diskutiert wird, ist auch und nicht zuletzt Resultat unseres hartnäckigen Drängens. Wir haben 2009 einen gut durchdachten Entwurf vorgelegt und seitdem mit Überarbeitung und Erneuerung immer wieder unsere regionalpolitische Kompetenz unter Beweis gestellt.
- 4.2. Den Gestus der Leitbilddebatte auf Kreis- und Gemeindeebene aufzunehmen heißt für uns, alle Einzelfelder wie Industrieansiedlungen, Beschäftigungspolitik, Gesundheitsfürsorge, Wohnungspolitik usw. stets aus der Sicht sozialer Verantwortung und demokratischer Teilhabe zu beleuchten.

- 4.3. Wir nehmen den Gedanken des vom Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung in Halle (isw) ausgearbeiteten Leitbildes, die Lagegunst im Dreiländereck (Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) für übergreifende Angebote zu nutzen, positiv auf. Unsere Partei stellt im Nachbarkreis Altenburger Land die Landrätin. Es ist an der Zeit, über verbindende gemeinsame Projekte zu beraten und einen Beitrag zur Attraktivität überregionaler Zusammenarbeit zu leisten.
- 4.4. Wir wollen den Berufsschulstandort Burgenlandkreis stärken. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und in Berufen der Altenpflege bekommt rasch wachsendes Gewicht. Wir haben im Burgenlandkreis gute Voraussetzungen für eine Stärkung dieser Zweige.
- 4.5. Wir widersetzen uns auch weiterhin dem unseligen Wettbewerb um Schulschließungen. Wenn unsere Region eine Zukunft haben soll, muss sie sich um ihre jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner kümmern und darf deren Entwicklung nicht immer neuen Belastungen wie Schulwechsel, lange Schulwege usw. aussetzen, die am Ende nur noch zu einem weiteren Grund für den Wegzug der Familien werden. – Auf Bundes- und Landesebene treten wir für eine sozial gerechte und zukunftsfähige Bildungspolitik ein. es geht uns um längeres gemeinsames Lernen, den Erhalt von Schulstandorten sowie um eine bessere Verbindung von Begabtenförderung und Vermittlung von Bildungsstandards für alle Kinder. Wir bringen uns in die kommunalen Debatten um diese Fragen mit diesen Standpunkten ein.
- 4.6. Wir setzen uns für einen Sozialpass ein, mit dem Menschen mit geringen Einkommen durch ermäßigte Fahrpreise, freie oder ermäßigte Eintritte, ermäßigte Vereinsbeiträge u. ä. die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder möglich wird.
- 4.7. Wir setzen uns für eine neue Qualität der Seniorenarbeit ein. Dass der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung im Burgenlandkreis weiter rasch wachsen wird, erfordert eine stärkere Mitsprache der Seniorinnen



und Senioren an den kommunalpolitischen Entscheidungen. Wir wollen daher in den Kommunen Seniorenbeiräte bilden. Fragen wie seniorenrechtliches Wohnen, Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern, mobile medizinische Versorgung, mobile Versorgung mit Lebensmitteln müssen unter aktiver Teilnahme der Betroffenen beraten werden.

- 4.8. Zur Verbesserung von Wohnqualität und Infrastruktur schlagen wir die Durchführung von Wohnungsgenossenschaftskonferenzen vor.
- 4.9. Zur Verbesserung der Kita-Betreuung streiten wir gegen das KiFöG. Wir sagen Ja zur Klage gegen das KiFöG, und wir bekämpfen die unsoziale Auslegung des KiFöG, wie wir sie in vielen Kommunen beobachten müssen. Wenn es keine Staffelung der Beiträge nach finanzieller Leistungsfähigkeit und keine Geschwisterregelungen mehr gibt, wird die Kitabetreuung auf unerträgliche Weise vom Geldbeutel der Eltern abhängig, und Familien mit mehreren Kindern werden zusätzlich benachteiligt. Das wollen wir nicht hinnehmen.
- 4.10. Natürlich kann DIE LINKE auch Wirtschaft.
- 4.11. Wir wollen keinen noch größeren Schießplatz im Zeitzer Forst. Wir wollen keine Kriege, und wir wollen auch keine Kriege üben. Wir treten ein für eine zivile statt eine militärische Nutzung des Zeitzer Forstes.

## **5. Unsere Vorhaben öffentlich diskutieren**

Die hier erarbeiteten Standpunkte und Vorschläge sind kein Geheimnis, und sie sind keine in Erz gegossenen Wahrheiten. Unser Kreisverband ist wie in der Vergangenheit auch künftig stets zur offenen Debatte über seine Vorhaben bereit und an Vorschlägen zur Mitgestaltung interessiert. Unsere Vorhaben sind nicht Abgrenzung, sondern Einladung.